



Dies ist eine Leseprobe des Tropen Verlags. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter www.tropen.de

Grace Blakeley

Die Geburt
der Freiheit
aus dem
Geist des
Sozialismus

Wie das Kapital die
Demokratie zerstört

AUS DEM ENGLISCHEN VON
ALEXANDER KRÜTFELDT, CHRISTIAN ALEXANDER
HERSCHMANN UND TOM MÜLLER

TROPEN SACHBUCH

Tropen

www.tropen.de

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH

Rotebühlstr. 77, 70178 Stuttgart

Fragen zur Produktsicherheit: produktsicherheit@klett-cotta.de

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel »Vulture Capitalism«

im Verlag ATRIA BOOKS, New York

© 2024 by Grace Blakeley

Für die deutsche Ausgabe

© 2025 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart

Alle deutschsprachigen Rechte sowie die Nutzung des Werkes für Text und

Data Mining i. S. v. § 44 b UrhG vorbehalten

Cover: Favoritbuero, München

Gesetzt von C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Gedruckt und gebunden von CPI – Clausen & Bosse, Leck

ISBN 978-3-608-50274-9

E-Book ISBN 978-3-608-12393-7

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der

Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten

sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Vorwort 9

Einführung 19

Teil I Kapitalismus und Freiheit 41

- 1 Wie man mit Mord davonkommt 45
Kapitalismus ist nicht das, was Sie denken 54
- 2 Die Vereinigten Staaten von Fordländia 64
Die unregierbare Gesellschaft 74
Die neoliberalen Lüge 82
- 3 Katastrophen-Kapitalismus 94
AIG: Amerikas Internationale Gaunerbande 104
Mörderische Renditen für McKinsey 113
Der Preis der Gier 125
Vom Regen in die Traufe 131

Teil II Die Planer 141

- 4 Ausbeutung made in America:
Die Planirtschaft des Big Business 143
Blackbox-Unternehmen 152

	<i>Chemisches Ungleichgewicht</i>	164
	<i>Demokratie zu verkaufen</i>	179
5	Zeit kaufen: Wie Großbanken planen	190
	<i>Dr. Doom</i>	196
	<i>Bernie und Bernard</i>	202
	<i>Könige, Kriege und Kredite</i>	210
	<i>Der unbekannte Riese der Weltwirtschaft</i>	221
6	Korruption und Kapital: Wie Staaten planen	228
	<i>Die Straßenverkehrsordnung</i>	234
	<i>Achtung, Schleichwerbung!</i>	246
	<i>Und bist du nicht willig, so brauch ich subtile Gewalt</i>	260
	<i>Von Anfang an geplant</i>	267
7	Wie Imperien planen	275
	<i>Befriedung der Eingeborenen</i>	285
	<i>Bananenrepubliken</i>	293
	<i>Das Volk gegen Chevron</i>	302
	<i>Ein Menschenrecht auf Kapitalflucht?</i>	314

Teil III Demokratische Planung 327

8	Der Architekt und die Biene: Wie man demokratisch plant	329
	<i>Der Herr der Lügen</i>	340
	<i>Menschliche Planung</i>	345
9	Taking Back Control: Demokratische Planung im Großmaßstab	366
	<i>Das Kapital zum Schreien bringen</i>	375
	<i>Demokratisierung der Arbeit und des Unternehmens</i>	382

Demokratisierung der Finanzen 387
Demokratisierung des Staates 390
Demokratisierung internationaler Institutionen 395
Die Zukunft demokratisieren 399

Schlussfolgerung 404

Anmerkungen 411

Vorwort

Deutschland befindet sich an einem Scheideweg. Jahrzehntelange Sparmaßnahmen haben die physische und soziale Infrastruktur des Landes ruiniert und die arbeitende Bevölkerung schwer getroffen. Die jüngsten Erhöhungen der Staatsausgaben haben die Auswirkungen der Pandemie kaum gemildert. Profitiert haben allein große Unternehmen. Das Wachstum stagniert seit mehreren Jahren, und während ich dieses Vorwort schreibe, sieht es danach aus, als sei die Wirtschaft 2024 sogar in die Rezession gerutscht. Und die extreme Rechte nutzt diese Lage aus, um Hass gegen Migranten und andere Gruppen zu schüren.

Was ist aus dem berühmten deutschen Wirtschaftswunder geworden?

Vor kaum zehn Jahren noch blickten Politiker in ganz Europa voller Bewunderung auf die starke und stabile deutsche Wirtschaft. Andere reiche Länder beneideten die Industrie für ihre erstaunlichen Produktivitätsraten und die guten Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Vorgesetzten. Nur wenige Nationen besaßen eine solche Stabilität wie Deutschland in der 16-jährigen Regierungszeit Angela Merkels. Oft war vom deutschen »Sonderweg« die Rede, meist mit positivem Unterton.

Doch die Eurokrise trieb den schwelenden Konflikt Deutschlands mit den südeuropäischen Staaten auf die Spitze. Deutsche Politiker nahmen für ihr Land finanzpolitische Rechtschaffenheit in Anspruch und kritisierten die Verschwendungsucht der sogenannten »PIIGS«, also der angeschlagenen Länder Por-

tugal, Italien, Irland und Griechenland. Sie hielten ihnen Vorträge und zwangen ihnen eine rigide Sparpolitik auf. Würden diese Länder nur den Vorgaben der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds gehorchen, so erklärten sie, dann würden auch die PIIGS eines Tages Wachstumsraten wie Deutschland erreichen.

Tatsächlich basierte das deutsche Wirtschaftswunder jedoch gar nicht auf Sparmaßnahmen, und die Schuldenkrise wurde auch nicht durch Verschwendungsseucht verursacht. Vielmehr war beides auf die Einführung des Euros zurückzuführen, der die deutschen Exporte äußerst attraktiv machte, die Wettbewerbsfähigkeit des Südens hingegen schwächte, dessen Länder Deutschland technologisch hinterherhinkten. Den deutschen Politikern war das zweifellos bewusst, als sie ihren südlichen Nachbarn eine katastrophale Sparpolitik aufzwangen.

Heute ist die selbstgefällige Überlegenheit deutscher Spitzenpolitiker passé. Tatsächlich lässt sich die aktuelle Malaise zu großen Teilen mit der deutschen Sparversessenheit erklären. In den Jahren des Booms waren die Investitionen in die Wirtschaft erschreckend gering. Anstatt zu investieren, um künftigen Wohlstand zu sichern, zielte die politische Klasse auf Haushaltsüberschüsse, betört vom Sirenengesang der »Schwarzen Null«. Diese einseitige Fixierung auf Sparmaßnahmen wurde nur noch von den Politikern im Vereinigten Königreich übertroffen, die mit tiefen Einschnitten bei den öffentlichen Ausgaben die britische Wirtschaft lahmlegten.

Seit der Coronapandemie diskutiert Deutschland heftig über das angebliche Ende der Sparmaßnahmen. Als die Staatsausgaben jedoch stiegen, um die durch das Virus ausgelöste Katastrophe einzudämmen, hätte dies beinahe eine Verfassungskrise verursacht.

Das Funktionieren des Kapitalismus beruht auf einem unge-

hinderten Fluss von Waren, Dienstleistungen und Geld. Als diese Ströme in der Pandemie zu versiegen drohten, mussten die Regierungen handeln, um einen totalen wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern und die Basis für künftiges Wachstum zu schaffen. Die Christdemokraten verklagten jedoch die Ampelkoalition wegen des Klimainvestitionsfonds, der im Rahmen des Konjunkturpakets zur Bekämpfung der Pandemie geschaffen wurde. 2023 entschied das Gericht schließlich, dass der 60 Milliarden Euro schwere Corona-Klimafonds verfassungswidrig sei, da er gegen die sogenannte »Schuldenbremse« verstöße, die 2009 unter Merkel im Grundgesetz verankert wurde. Letztlich brach die Regierung über dieser Frage auseinander.

Die Sparmaßnahmen sind tot. Es leben die Sparmaßnahmen!

Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien waren die Folgen jahrzehntelang niedriger oder sinkender Staatsausgaben verheerend. Nicht nur die arbeitende Bevölkerung litt unter den geringeren Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen und soziale Sicherheit. Das Versäumnis, in künftigen Wohlstand zu investieren, gefährdete auch die Grundlagen des Wirtschaftswachstums. Die Produktivität ist eingebrochen, und die deutsche Infrastruktur befindet sich in einem desolaten Zustand, was erklärt, warum das Verkehrsnetz bei widrigem Wetter schnell zum Erliegen kommt. Selbst der IWF, gewöhnlich ein Freund der Sparpolitik, erklärt unumwunden, dass die Produktivität »durch unzureichende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur gesunken ist.¹

Diese wirtschaftlichen Probleme haben zu einer großen gesellschaftlichen Unzufriedenheit geführt. In Großbritannien liegt das Vertrauen ins Regierungssystem auf einem »Allzeit-tief«. In Deutschland ist der Trend derselbe: Nur 27 Prozent der Menschen gaben 2023 an, dass sie dem Staat zutrauten, seinen

Aufgaben gerecht zu werden.² Hinter diesem Misstrauen verbirgt sich eine tiefe Vorahnung über die Zukunft sowohl der deutschen Gesellschaft als auch des globalen Wirtschaftssystems. Laut einer aktuellen Umfrage machen sich 65 Prozent der Deutschen Sorgen über steigende Lebenshaltungskosten, 60 Prozent fürchten zu teuren Wohnraum und 57 Prozent Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen.³

Die zunehmende Zukunftsangst ist mit einem wachsenden Gefühl wirtschaftlicher Unsicherheit verbunden. Fast 17 Prozent der Deutschen leben heute in Armut, die meisten von ihnen, obwohl sie einen Job haben. Damit gehören sie zu jener Gruppe, die im englischen Sprachraum »Working Poor« genannt wird. Die Kinderarmut hat kürzlich sogar ein Rekordhoch erreicht.⁴ Die Erosion der öffentlichen Dienstleistungen bedeutet, dass Kranke und Arbeitslose auf sich allein gestellt sind. Der deutsche Sozialstaat wurde seit den sogenannten Hartz-Gesetzen von 2010, die die Renten- und Arbeitslosenleistungen erheblich reduzierten, stetig ausgehöhlt.

Politiker rechtfertigten die Sparmaßnahmen mit der Begründung, sie schützten freie Märkte und förderten die Haushaltsdisziplin. In der Tradition des deutschen Ordoliberalismus solle sich der Staat darauf beschränken, das effektive Funktionieren des Marktes zu gewährleisten. Nur ein sorgfältig austariertes Gleichgewicht zwischen Märkten und staatlichen Eingriffen, hieß es, bewahre die deutsche Wirtschaft vor den Problemen einer ineffizienten Zentralplanung sowjetischer Prägung einerseits und einem ungezügelten Kapitalismus nach US-Vorbild andererseits.

Deutschland, so argumentierten die Entscheidungsträger, sei etwas Besonderes: Das Engagement für Ordnung, Disziplin und Rechtsstaatlichkeit, das von seinen Politikern und Bürokraten an den Tag gelegt werde, ermögliche es diesen Eliten, die Wirtschaft wie eine fein abgestimmte Maschine zu steuern.

Technokratie – die Herrschaft von technischen Experten – ist der Leitstern der deutschen Politik.

Aber wie ich im Laufe dieses Buches zeigen werde, untergräbt eine technokratische Herrschaft die Demokratie. Demokratische Politik muss durch eine offene Debatte zwischen Interessengruppen gekennzeichnet sein, die jeweils für ihre Ziele eintreten. Technokratische Regierungsführung ersetzt diese Debatte durch eine Verwaltung aus technischen Experten, die vorgeben, die Allgemeinheit zu vertreten. In einer kapitalistischen Gesellschaft neigen diese technischen Experten jedoch zu Maßnahmen, die zuerst dem Kapital und nicht den Arbeitnehmern zugutekommen. Immer mit der Begründung, es gehe nur darum, das Wirtschaftswachstum zu steigern.

Diese Tendenz ist im deutschen Sparkurs der vergangenen Jahrzehnte deutlich zu erkennen. Sparmaßnahmen wurden als technische Eingriffe dargestellt, um den Staat schlank zu halten und den Markt vor schädlichen Interventionen zu schützen. Tatsächlich aber bedeuteten diese Maßnahmen eine Umverteilung von unten nach oben.

Das Geld, das den Menschen in der Pandemie zur Verfügung gestellt wurde, sollte den Konsum stützen und Masseninsolvenzen verhindern, nicht den Lebensstandard der Menschen erhalten. Die Erhöhung der Staatsausgaben während Corona diente größtenteils der Subventionierung von Großunternehmen, wie ich in Kapitel drei dieses Buches zeige. So stimmte die Regierung beispielsweise einem Neun-Milliarden-Euro-Rettungspaket für die Lufthansa zu, wobei der Staat einen Anteil von 20 Prozent an dem Unternehmen übernahm. In der Logik des deutschen Kapitalismus ist die teure Rettung klimaschädlicher Industrien keine verfassungswidrige Verwendung öffentlicher Mittel. Investitionen zur Verhinderung des Klimakollapses sind es hingegen schon.

Die deutsche Bevölkerung glaubt ihren Eliten, weil sich das ganze Land davon überzeugt hat, nicht wie »andere« kapitalistische Volkswirtschaften zu sein: In Deutschland gibt es weniger Ungleichheit und weniger Unordnung als in den extremen freien amerikanischen und britischen Modellen von Marktkapitalismus. Deutschland ist effizienter und produktiver als die südeuropäischen Volkswirtschaften, was man selbstzufrieden auf den zurückhaltenden Ansatz bei den Staatsausgaben zurückführt. Deutschland gelingt es weitaus besser als Nachbarn wie Frankreich oder Belgien, den Frieden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu wahren. So zumindest die Selbstwahrnehmung.

Deutschland ist überzeugt, dass es gar kein kapitalistisches Land sei. Bei einer meiner ersten Reisen nach Deutschland wurde ich von einem sehr sachkundigen Wirtschaftskommentator darüber informiert, dass es in Deutschland keinen Kapitalismus gebe, sondern »die soziale Marktwirtschaft«.

Die Stärke dieser Erzählung beruht auf einem grundlegenden Missverständnis über das Wesen des Kapitalismus – ein Missverständnis, das Gegenstand dieses Buches ist. *Die Geburt der Freiheit aus dem Geiste des Sozialismus* entlarvt die Lüge, dass kapitalistische Volkswirtschaften auf einem »freien Markt« basierten, der einer zentralisierten Planwirtschaft wie in der ehemaligen UdSSR diametral entgegenstehe. Ich zeige, dass alle real existierenden kapitalistischen Volkswirtschaften auf einem sorgfältig gesteuerten Gleichgewicht zwischen Markt und Planung basieren, in dem Unternehmen und Finanzinstitutionen mit Regierungen zusammenarbeiten, um sich vor Wettbewerb und Krisen zu schützen.

Der einzige Unterschied zwischen Deutschland und anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind die Mechanismen, durch die diese Zusammenarbeit stattfindet. Die Bedeutung des technischen Wirtschaftsmanagements bedeutet, dass

Kapitalisten nicht einfach die Art von Schutz verlangen können, die sie in den USA für selbstverständlich halten. Sie müssen ihre Forderungen als technisch wirksame politische Lösungen tarnen, die das Allgemeininteresse fördern. Subventionen für Großunternehmen und Kürzungen der Sozialversicherung werden als Wachstumsförderung dargestellt und nicht als nackter Ressourcentransfer von Arm zu Reich.

Wie der britische Marxist Ralph Miliband argumentiert, scheint in einer kapitalistischen Gesellschaft das Allgemeininteresse immer gleichbedeutend mit den Interessen des Kapitals zu sein. Mächtige Gruppen sponsieren Thinktank-Berichte, veranstalten runde Tische und treten in den Medien auf, um zu argumentieren, dass politische Maßnahmen wie Steuersenkungen, »Sozialreformen« und die Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten notwendig seien, um die »Wettbewerbsfähigkeit« zu verbessern. Dass diese Politik vor allem dem Kapital und nicht den Arbeitern zugutekommt, wird als reiner Zufall abgetan.

Die deutsche Technokratie hat dazu geführt, den Klassismus des deutschen Kapitalismus zu verschleiern, woraus abgeleitet wurde, Deutschland sei kein »kapitalistisches« Land. Doch wie ich in diesem Buch zeige, wird der Kapitalismus nicht durch die Anwesenheit oder Abwesenheit »freier Märkte« definiert. Er ist bestimmt durch eine Aufteilung der Gesellschaft in Klassen. In kapitalistischen Volkswirtschaften besitzt eine kleine Minderheit alles und bestimmt die Regeln – alle anderen sind gezwungen, sich unter Androhung von Armut zu fügen.

Der technokratische Diskurs in Deutschland verschleiert diese harte Klassentrennung. Das heißt aber nicht, dass es sie nicht gibt. Ein Blick auf die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte zeigt deutlich, dass sie zum größten Teil die Arbeiter schlechterstellte und das Kapital förderte, genau wie in Großbritannien. Und wie dort haben diese Maßnahmen der deutschen Arbeiterklasse sehr geschadet.

Heute sind Millionen Deutsche von wirtschaftlicher Unsicherheit betroffen, insbesondere in Ostdeutschland. Sie trauen den politischen Eliten nicht zu, diese Probleme zu lösen, und sie wissen, dass der Abbau des Wohlfahrtsstaates, der sie in der Vergangenheit geschützt hat, weitergehen wird. Sie blicken in eine Zukunft, die von Wirtschaftskrisen, globalen Konflikten und der Klimakatastrophe geprägt sein wird. Sie haben Angst und fühlen sich schutzlos.

Die extreme Rechte war schon immer geschickt darin, die Verzweiflung und Unsicherheit der Menschen auszunutzen. Da sich Politiker der etablierten Parteien zu sehr auf technische Debatten über die Wirtschaftspolitik konzentrieren, konnten sich rechtsextreme Parteien in von Armut betroffenen Gemeinden etablieren, indem sie eine einfache Erklärung für das Leid der Menschen lieferten: Migranten und Minderheiten würden sich nehmen, was ihnen zustehe. Mit Unterstützung der Medien haben Parteien wie die AfD die Unsicherheit der Menschen ausgenutzt, um sie aufzuwiegeln. Die Wut, die die Menschen gegenüber denjenigen an der Spitze empfinden, wurde auf »woke Politiker« umgeleitet, die angeblich immer neue Migranten ins Land kommen lassen, statt die Probleme der einfachen Menschen zu lösen. Die Verzweiflung, Wut und wirtschaftliche Unsicherheit der deutschen Arbeiterklasse sind ein Nährboden für Hass und Intoleranz.

Aber das muss nicht so sein. Die deutsche Linke muss nicht der extremen Rechten das Feld überlassen, indem sie marginalisierte Gruppen für das Leid der arbeitenden Bevölkerung verantwortlich macht. Stattdessen kann sie mit dem Finger auf die Spitze der Gesellschaft zeigen – auf die Politiker, Investmentbanker und CEOs, die kooperieren, um ihre Interessen auf Kosten der Mehrheit zu schützen. Dies sind »die Planer«, die im Zentrum des Buches stehen.

Dazu muss die Linke allerdings mehr tun, als nur die Macht-

haber für das Leid der arbeitenden Bevölkerung verantwortlich zu machen. Es genügt auch nicht, die Staatsmacht in Anspruch zu nehmen, um den Arbeitern das zu geben, was sie wollen. Sie muss vielmehr den Arbeitnehmern helfen, sich zu organisieren, um für das zu kämpfen, was sie brauchen.

Das Fehlen dieser Art von kollektiver Organisation, von Gemeinschaft, erklärt die Verzweiflung und Isolation, die vielerorts zu spüren sind. In der Vergangenheit haben die Menschen auf Armut und Ungleichheit reagiert, indem sie sich zusammenschlossen, um für ihre kollektiven Interessen zu kämpfen. Da sie wussten, dass sie weder den Arbeitgebern noch den Politikern vertrauen konnten, schlossen sich die Arbeitnehmer zu Gewerkschaften zusammen, um für höhere Löhne zu kämpfen. Aktivisten gingen auf die Straße, um für Frieden und Gleichberechtigung zu kämpfen. Und Familien kämpften Seite an Seite, um ihre Gemeinden vor staatlichen Kürzungen und Deindustrialisierung zu schützen. Durch die Zusammenarbeit im Kampf um ihre Zukunft schlossen sie Bündnisse miteinander, die jedem Beteiligten ein Gefühl von Sinnhaftigkeit und Zugehörigkeit vermittelten. Wenn man einer Gewerkschaft beitrat, kämpfte man nicht nur für seine eigenen Interessen, sondern auch für diejenigen, die an seiner Seite standen. Man kämpfte für eine bessere Welt.

Aber diese Formen der kollektiven Organisation sind viel seltener geworden, besonders in Gesellschaften wie unseren, in denen ein wettbewerbsorientierter Individualismus die Oberhand gewonnen hat. Das Vereinigungsrecht der Arbeitnehmer wurde eingeschränkt, und ihnen wurde beigebracht, eher zu konkurrieren als zu kooperieren.

Diese Entwicklung gilt für Deutschland ebenso wie für Großbritannien oder die USA. Jeder weiß, dass die Wirtschaft für die meisten Menschen nicht funktioniert, weil die Reichen auf Kosten der Armen immer reicher werden. Den Politikern

traut man nicht zu, das Problem zu lösen, weil sie von den Reichen abhängig sind. Die Wenigsten sind heute Teil einer Gewerkschaft, einer politischen Partei oder einer Bewegung, die sich gegen diese Ungerechtigkeiten wehren könnte. Stattdessen erleben das alle auf sich allein gestellt.

Wie ich im letzten Abschnitt dieses Buches aufzeigen möchte, ist die einzige Möglichkeit, diese Gefühle von Wut und Verzweiflung zu überwinden, die Falle des Individualismus zu überwinden. Statt sich darauf zu verlassen, dass Politiker die Wirtschaft im Interesse aller lenken, müssen die arbeitenden Menschen zusammenkommen, um die Kontrolle über ihre Arbeitsplätze, ihre Gemeinden und ihre politischen Institutionen zu übernehmen. Der einzige Weg in die Freiheit führt über echte Demokratie – und wie die Geschichte zeigt, muss für echte Demokratie gekämpft werden.

Einführung

Wahrscheinlich stimmt es, dass die Menschen meist nicht fähig sind, selbstständig zu denken, dass sie in der Regel vorgekaute Meinungen schlucken und dass es ihnen gleichgültig ist, ob sie in diese oder jene Gesamtheit von Glaubensvorstellungen hineingeboren oder hineingetrieben werden. In jeder Gesellschaft dürfte die Glaubensfreiheit nur für eine kleine Minderheit von Bedeutung sein. Das heißt aber nicht, dass irgendeiner dazu berufen ist oder die Macht dazu haben sollte, diejenigen auszuwählen, denen die Gedankenfreiheit vorbehalten bleiben soll.

Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft

Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, dass er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut.

Karl Marx, Das Kapital, Band I

Wenn Sie morgens aufwachen, greifen Sie wahrscheinlich als Erstes zu Ihrem Telefon. Darin stecken seltene Erden, die aus einem Land wie der Demokratischen Republik Kongo stammen könnten. Die dortigen Rebellengruppen finanzieren mit dem Abbau den Kauf von Waffen.¹ Aber Ihre Gedanken sind sicher woanders. So früh am Tag gönnen Sie sich vielleicht noch etwas »Zeit für sich« und schauen, was in den sozialen Medien

los ist. Dabei hinterlassen Sie eine Spur privater Daten. Sie landen womöglich bei Facebook, einem Konzern, dem vorgeworfen wird, Rechtsextremismus zu verbreiten, Beihilfe zur sexuellen Ausbeutung von Kindern zu leisten und sich in den Ausgang demokratischer Wahlen eingemischt zu haben. Vielleicht gehen Ihre Daten auch an X, jene Plattform, die von einem milliardenschweren, gewerkschaftsfeindlichen Egomänen aufgekauft wurde, als sie noch Twitter hieß. Ein Mann, der Mitarbeiter feuert, wenn seine Tweets zu wenige Likes erhalten.²

Später schlüpfen Sie aus dem Bett und ziehen sich an. Die Kleidung kommt vermutlich von einem multinationalen Konzern, der seine Produktion nach Bangladesch ausgelagert hat, wo Tausende Arbeiterinnen beim Einsturz einer Textilfabrik starben. Obwohl die Näherinnen daraufhin eine Gewerkschaft gründeten, erhalten sie noch immer Hungerlöhne.³ Sollten Sie Hemd und Hosen irgendwann nicht mehr anziehen, bringen Sie beides sicher zur Kleidertonne. Von dort wird die Kleidung nach Kenia verschifft und landet auf einer riesigen Müllhalde, auf der Kinder nach den wenigen Stücken suchen, die sich noch verkaufen lassen.⁴

Sie treten vor die Haustür. Es ist zwar schon Winter, aber draußen ist es auch nicht viel kälter als drinnen. Denn ebenso wenig wie die Regierung es geschafft hat, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen – weshalb zwei Drittel Ihres Einkommens in die Miete fließen –, hat sie die steigenden Heizkosten in den Griff bekommen.⁵

Schuldbewusst steigen Sie in Ihr Auto, im Wissen, dass Sie mit der Fahrt zum weltweiten Temperaturanstieg beitragen. Vielleicht trösten Sie sich damit, dass Sie einen Benziner fahren und keinen Diesel, der Umwelt und Gesundheit noch stärker schädigt,⁶ wie wir wissen, seit der Dieselskandal aufgeflogen ist.

Am Ende des Tages sind Sie erschöpft – körperlich und mental. Sie öffnen eine App, um sich etwas zu essen zu bestellen. Sie geben dem Lieferanten ein kleines Trinkgeld, wofür er sehr dankbar ist, denn sein Motorrad ist kurz davor, den Geist aufzugeben. Er steht nun vor der Wahl: Soll er einen Kredit zu hohen Zinsen aufnehmen, um es reparieren zu lassen? Oder nimmt er künftig das Fahrrad, selbst wenn er dann weniger Auslieferungen schafft?⁷

Bevor Sie endlich schlafen gehen, schließen Sie Ihr Telefon zum Laden an. Sie sind viel zu müde, um noch daran zu denken, dass Smartphones in China mitunter in Produktionshallen gebaut werden, um die Auffangnetze gespannt sind, da Arbeiter mehrfach versucht haben, sich durch einen Sprung aus dem Fenster das Leben zu nehmen.⁸

Vielleicht ist das eine treffende Beschreibung Ihres Lebens, vielleicht auch nicht. Vielleicht lesen Sie dieses Buch in einem abbezahnten Eigenheim und die Zeit der Schufterei liegt bereits hinter Ihnen. Womöglich bekommen Sie aber trotzdem mit, dass es Ihren Kindern einfach nicht gelingen will, selbst eine Immobilie zu kaufen, und dass sie von einem komfortablen Lebensabend wie dem Ihren nur träumen können.

Vielleicht gehören Sie auch zu den wenigen Glücklichen, die ihren Job lieben, die sich hervorragend mit den Kollegen verstehen und den Eindruck haben, etwas Sinnvolles zu tun. Oder zählen Sie zu jenen, die das Gefühl nicht loslässt, dass mit der Welt etwas grundsätzlich nicht stimmt, dass sie aber nichts daran ändern können, außer Produkte zu kaufen, die »green« oder »fair« gelabelt sind?

Zu welcher Gruppe Sie sich auch rechnen, einige dieser Aspekte werden mit Sicherheit auf Sie zutreffen. Denn sie beschreiben, was es heißt, Teil der Strukturen unseres Systems zu sein. Und auf diese Strukturen haben die meisten von uns

wenig Einfluss. Manche haben vielleicht das Glück, sich die eine oder andere unangenehme Konsequenz vom Leib halten zu können. Doch kaum jemand entkommt komplett jenem System aus Arbeit, Produktion und Konsum, das den gegenwärtigen Kapitalismus ausmacht. Infolgedessen empfinden viele eine wachsende Ohnmacht. Manche verzweifeln gar daran.

Schließlich wünschen sich die meisten Menschen, das Richtige tun. Doch oft gibt es gar keine echte Wahl. Darin liegt der tiefe Widerspruch zwischen dem Glauben, frei zu sein und frei handeln zu können, und der Realität im Kapitalismus – einem System, das stetig Unfreiheit erzeugt.

Diese Unfreiheit ist auf die großen Machtgefälle zurückzuführen, die kapitalistischen Gesellschaften innwohnen, wobei diese Gefälle nicht immer zu erkennen sind. Die meisten Menschen können nicht selbst über ihr Leben bestimmen, auch wenn sie vom Gegenteil überzeugt sind. Zentrale Vorentscheidungen darüber, wie wir arbeiten, wie wir leben und was wir kaufen, sind bereits an anderer Stelle getroffen worden. Leben im Kapitalismus bedeutet, in einer Planwirtschaft gefangen zu sein, während einem erzählt wird, man sei vollkommen frei.

Lange Zeit wurden Planwirtschaft und Kapitalismus als Gegensätze betrachtet: Entweder man lebt in einer kapitalistischen Gesellschaft mit freier Marktwirtschaft, in der die Produktion und die Quellen der Ressourcen nie von einem einzelnen Akteur bestimmt werden, oder man lebt in einer zentralen Planwirtschaft, in der eine Institution über alles entscheidet – meist der Staat. Einige, die dieses Buch lesen, sind vermutlich während des Kalten Krieges aufgewachsen, als das Wunder des marktwirtschaftlichen US-Kapitalismus der sklerotischen und unterdrückenden Planwirtschaft der UdSSR gegenübergestellt wurde. Doch obwohl diese Systeme sich in vieler Hinsicht stark

unterschieden, haben sie eine wichtige Gemeinsamkeit: zentrale Planung.

Wenn das jetzt etwas verwirrend klingt, dann weil »freier Markt« und Kapitalismus allgemein als Synonyme verstanden werden.⁹ Tatsächlich sind existierende kapitalistische Volkswirtschaften aber Hybridsysteme aus Markt- und Planwirtschaft. Das liegt nicht etwa daran, dass der Kapitalismus bislang einfach unvollständig umgesetzt wäre oder dass ihn eine böse, allmächtige Elite korrumpern würde. Es ist einfach die Art und Weise, wie Kapitalismus funktioniert.

Märkte mögen zwar ein zwingender Bestandteil jeder kapitalistischen Gesellschaft sein, aber Kapitalismus wird nicht durch den freien Markt definiert. Er ist bestimmt durch die Teilung in die Klasse der Besitzenden und der Arbeiter. Auf der einen Seite stehen die, denen all das gehört, was für die Produktion von Waren benötigt wird, auf der anderen Seite die, die arbeiten müssen, um diese Waren zu produzieren.¹⁰ Die Besitzenden können hierbei Entscheidungen fällen, die von großer Tragweite sind und deren Auswirkungen alle anderen zu spüren bekommen. Diese Personen haben Planungsmacht.

In allen kapitalistischen Gesellschaften gibt es Akteure mit Planungsmacht, von Großkonzernen über Finanzinstitute bis hin zu Staaten. Auch auf globaler Ebene haben die einflussreichsten Staaten und die von ihnen kontrollierten Institutionen eine gewisse Planungsmacht. Diese Macht ist niemals allumfassend. Kapitalistische Gesellschaften und die Weltwirtschaft sind äußerst komplexe Systeme, die nie vollständig von einem einzelnen Akteur oder einer Gruppe kontrolliert werden können. Manche von ihnen haben jedoch einen ungleich größeren Einfluss darauf, wer was bekommt. Das gilt selbst für sehr wettbewerbsorientierte Volkswirtschaften, wenn auch in geringerem Maße.

Die Frage, die wir uns stellen sollten, ist also nicht, ob plan-

wirtschaftliches Handeln in einer kapitalistischen Wirtschaft möglich ist. Sondern wo diese Planung stattfindet, wie sie durchgeführt wird und wessen Interessen sie dient.

Es herrscht oft die Vorstellung, dass Planungsmacht nur von Nationalstaaten ausgeübt werde und dass diese Staaten dazu neigten, sie vor allem im Interesse der Politiker und Bürokraten einzusetzen und nicht im Sinne der Allgemeinheit. Märkte mögen in dieser Lesart zwar nicht perfekt sein, aber langfristig sorgten sie dafür, dass kein Einzelner sie zu lange beherrscht. Der Staat hingegen könne durch sein Gewaltmonopol bestimmte Entwicklungen nach seinen Vorstellungen gestalten. Und diese Macht sei gefährlich, wenn sie keiner Kontrolle unterliege.

Friedrich A. Hayek, österreichischer Wirtschaftswissenschaftler und einer der Väter dessen, was später als Neoliberalismus bekannt wurde, stand direkten staatlichen Eingriffen in kapitalistische Gesellschaften sehr misstrauisch gegenüber. Ohne Beschränkung des staatlichen Machtmonopols, erklärten Denker wie Hayek, würden »sozialistische Maßnahmen« wie Gesundheitsversorgung, öffentlicher Wohnungsbau und Verstaatlichung selbst die liberalste Wirtschaft in einen totalitären Albtraum verwandeln.¹¹

Hayek formulierte seine Gedanken dabei in direktem Gegensatz zu denen eines anderen Ökonomen, der nach dem Zweiten Weltkrieg das ökonomische Denken weltweit geprägt hat: John Maynard Keynes. Sein Hauptwerk, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, hatte großen Einfluss auf die Politik der Nachkriegszeit – einen deutlich größeren zunächst als Hayeks, auch wenn der Titel weit weniger zugespitzt war als Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft*.¹²

Keynes war überzeugt, dass ein gewisses Maß an staatlicher Planung in allen freien Märkten unerlässlich sei, schlicht auf-

grund irrationaler Marktdynamiken, die jede Marktwirtschaft mit sich bringe. Wenn zum Beispiel viele Anleger pessimistisch in die Zukunft blickten und deshalb ihre Investitionen stoppten, riefen sie genau die Lage hervor, die sie befürchtet hatten. In solchen Situationen könne der Staat einspringen, um die private Nachfrage anzukurbeln, Investitionen zu tätigen und die Beschäftigung von Arbeitern sicherzustellen. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen Regierungen aus der ganzen Welt die Ideen von Keynes, um irrationale Marktdynamiken einzudämmen. Deren Folgen waren durch den Börsencrash an der Wall Street 1929 allzu deutlich geworden. Auch Gewerkschafter und Sozialisten griffen seine Gedanken dankbar auf, da sie zeigten, wie staatliche Leistungen aussehen könnten, die das Leben aller arbeitenden Menschen verbesserten.

Auf dem berühmt-berüchtigten Treffen am Schweizer Mont Pèlerin forderten daraufhin neoliberale Ökonomen, dieser Welle an »marxistischer und keynesianischer Planwirtschaft, die die Welt erfasst hat«,¹³ ein Ende zu setzen. Neoliberale wie Hayek widmeten sich in den ersten Nachkriegsjahren voll und ganz der Ausarbeitung einer vernichtenden Kritik dieses Denkens. Planwirtschaft, so die Argumentation, führe zu einer toxischen Verschmelzung der Macht des Staates mit der Arbeiter, was die Freiheit der Menschen gefährde und in Hayeks Worten den »Weg zur Knechtschaft«¹⁴ weise.

Sie kennen wahrscheinlich den Ausgang der Geschichte: Die Neoliberalen haben gewonnen. Sie schufen ein Klima, in dem gewerkschaftsfeindliche Politiker die Macht erhielten, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen durchzusetzen und den Sozialstaat nach Marktkriterien zu beschneiden.¹⁵ Stets im Namen der »Freiheit«.

Doch die Entwicklung verlief nicht so, wie die Neoliberalen vorausgesagt hatten. Denn unsere Gesellschaft heute wird mindestens genauso stark reguliert, überwacht und kontrol-

liert wie vor einigen Jahrzehnten.¹⁶ Auch die öffentlichen Ausgaben sind nicht gesunken, sie werden nur anders verteilt. Statt für Sozialausgaben und öffentliche Dienstleistungen – von Neoliberalen als ineffiziente Bereiche staatlicher Finanzierung gebrandmarkt –, geben Staaten heute Milliarden für die Unterstützung von Großkonzernen und Vermögenden aus: in Form von Subventionen, Steuererleichterungen und Rettungspaketen.¹⁷

Zugleich können manche dieser Konzerne unser Leben auf nie dagewesene Weise steuern.¹⁸ Was also ist aus Hayeks Traum von Freiheit geworden?

Hayek hatte recht, als er feststellte, dass Gesellschaften viel zu komplex seien, um von einer zentralen Instanz gesteuert zu werden, ohne unbeabsichtigte Fehlentwicklungen hervorzurufen. Das Problem ist nicht, dass seine These falsch war, sondern dass er sie nicht zu Ende gedacht hat. Seine Beobachtung bestand darin, dass zentrale Planwirtschaft oftmals in die Diktatur führt. Aber warum sollte eine konzerngesteuerte Planwirtschaft weniger gefährlich sein als eine staatliche? Jede Institution, die in einer vorgeblich demokratischen Gesellschaft fähig ist, unkontrolliert Macht auszuüben, sollte – und das ist das Mindeste – Ziel kritischer Betrachtung sein.

Die Frage, der wir in diesem Buch nachgehen wollen, ließe sich daher wie folgt formulieren: Was, wenn wir Hayek ernst nähmen?

Um das zu tun, müssen wir den real existierenden Kapitalismus näher anschauen und zu unseren Eingangsfragen zurückkehren: Wo findet wirtschaftliche Planung statt? Wie wird sie durchgeführt? Wessen Interessen dient sie?

Der kapitalistische Staat ist nicht das einzige Feld, in dem zentrale Planung und eine halbwegs rechenschaftspflichtige Instanz auf eine nominell freie Marktwirtschaft treffen. Das-

selbe gilt auch für Unternehmen. Sie planen Investitionen, treffen Beschäftigungsentscheidungen – und üben so nicht nur großen Einfluss auf unser Leben aus, sondern auch auf die Struktur der Gesellschaft.¹⁹ Doch Unternehmen müssen sich dafür gegenüber den Betroffenen nicht verantworten, allenfalls in geringem Maß.

Neolibrale könnten einwenden, dass die Macht von Unternehmen durch die Mechanismen des Marktes beschränkt sei. Ein Manager könne Pläne entwickeln, aber nur so weit, wie es das Konkurrenzumfeld erlaubt. Vermasselt er es, scheitert das Unternehmen. Staaten hingegen sind nicht so sehr an Marktkräfte gebunden. Mainstream-Ökonomen zufolge können sie den Markt auf eine Weise steuern, wie es die meisten Unternehmen nie könnten. Staatliche Akteure besitzen demnach größere Entscheidungsfreiheit und können leichter Pläne entwickeln und umsetzen als Manager von Unternehmen.

Dies gilt jedoch nur, wenn der Markt tatsächlich so funktioniert, wie es in Ökonomielehrbüchern erklärt wird. Sobald wir aber das Feld der kleinen und mittleren Unternehmen verlassen, die miteinander um Marktanteile konkurrieren, und uns der Realität des Kapitalismus zuwenden, sieht es anders aus. Wir begegnen einer Welt aus riesigen, stetig wachsenden Konzernen, die sowohl mit Staaten als auch mit konkurrierenden Unternehmen gleichzeitig kooperieren und im Wettbewerb stehen. Wir begegnen einer Welt ständiger privatwirtschaftlicher Planung. Konzerne können nicht nur die Kräfte des Marktes oftmals recht gut ignorieren, sie wirken auch selbst darauf ein. Ein Autor drückt es so aus: »Der freie Markt ist eine Nebelkerze, hinter der sich die brutale, despotische Macht der Konzerne verbirgt.«²⁰

Ein großer Arbeitgeber hat die Macht, Löhne und Arbeitsbedingungen festzulegen, ohne sich allzu stark um den Wettbewerb sorgen zu müssen. Er kann selbst festlegen, was er Lie-

feranten zahlt und was er von Kunden verlangt. Ab einer bestimmten Größe kann ein Finanzinstitut Investitionen in bestimmte Technologien lenken und so entscheiden, wie die Zukunft aussieht und wie nicht. Diese Unternehmen können ihre Macht absichern, indem sie Konkurrenten aufkaufen oder anderen den Markteintritt erschweren und indem sie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter unterdrücken. So schützen sie sich vor Wettbewerbsdruck und stärken ihre Position sowohl in ihrem Segment als auch in der Gesellschaft als Ganzes.

Okay, aber gibt es nicht einen grundsätzlichen Unterschied zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Planung? Um auf unsere Eingangsfrage zurückzukommen: Dient privatwirtschaftliche Planung nicht anderen Interessen als die eines Staates?

Wie bereits erwähnt, ist die Vorstellung weit verbreitet, Staaten dienten nur den Interessen verantwortungsloser Bürokraten und gieriger Politiker. Konzerne aber folgten den Interessen der Aktionäre, und was gut sei für die Aktionäre, sei gut für alle. Sie müssten nur die Gewinne maximieren, dabei schafften sie wie von selbst Jobs und Produkte für alle.

Staaten hingegen, heißt es dann, würden diese Dynamik ständig behindern: durch Steuern, Vorschriften und andere ungerechtfertigte Eingriffe in den freien Markt.

Das Problem: Die Gewinnmaximierung kommt gerade in den weitgehend unfreien Märkten des kapitalistischen Systems nicht allen zugute. Ohne den Wettbewerbsdruck, die Gewinne zu reinvestieren oder angemessene Löhne zu zahlen, fließen sie an die wohlhabenden Anteilseigner, während die Arbeiter mit schlechten Löhnen und höheren Preisen konfrontiert sind.

Eine Welt mit ungebrochener Macht der Konzerne ist gekennzeichnet durch geringe Investitionen, eine niedrige Produktivitätsrate, schlechte Löhne und große Ungleichheit.²¹

Vor dem kapitalistischen Monster, das die Neoliberalen selbst geschaffen haben, ist ihr äußerst dürftiges Verständnis von Freiheit nicht zu retten. Der Neoliberalismus sollte den Konsumenten ja zumindest bei der Wahl von Produkten eine große Freiheit ermöglichen, aber tja, weit gefehlt: »Statt vor einer unendlichen Auswahl stehen wir in Wirklichkeit vor einer Wand aus Dosen und Packungen von Massenprodukten, die sich nur durch Aufschrift und Farbe ihrer Etiketten unterscheiden. Die geheime Zutat des US-Kapitalismus kommt vielleicht doch aus der Sowjetunion.«²²

Es gibt aber noch ein weiteres, vielleicht sogar entscheidenderes Problem mit der genannten neoliberalen Argumentation. Die Vorstellung, dass staatliche und privatwirtschaftliche Planung jeweils entgegengesetzten Interessen dienten, setzt eine scharfe Trennung von Politik und Wirtschaft voraus. Doch die existiert real gar nicht. Unternehmen sind sowohl politische als auch wirtschaftliche Akteure. Einige stellen ihren wachsenden politischen Einfluss, das heißt, ihre unternehmerische Souveränität (ein Konzept, das wir in Kapitel 4 aufgreifen), über kurzfristige Profite.²³

Auch der Staat ist kein neutrales Gebilde, das über der Gesellschaft schwebt und nur dazu da ist, diejenigen mit Macht auszustatten, die das Glück haben, zu regieren. Politiker und Bürokraten neigen dazu, den wirtschaftlichen Rahmen so zu gestalten, dass er den Vorstellungen derjenigen entspricht, die am stärksten Einfluss darauf nehmen können: große Unternehmen und ihre wohlhabenden CEOs. Denn die verwenden die meiste Zeit und Mühe genau auf die Pflege dieses Einflusses. Das heißt nichts anderes, als dass Gesetze gezielt für diese Leute gemacht werden, wie jeder sehen konnte, der die Finanzkrise 2008 verfolgt hat.²⁴ Mit anderen Worten: Staatliche Politik wird durch die Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft geprägt.

Die Interessen von Politikern und CEOs sind also nicht so unterschiedlich, wie man vielleicht denken würde. Unternehmen und Staaten sind demnach keine Kontrahenten im Spiel des »freien Marktes«, im Gegenteil, oftmals sind sie mächtige Verbündete.

Was heißt das nun für die Demokratie? Sollte sich daraus nicht zwingend die Notwendigkeit ergeben, die Ausübung privater Macht zu kontrollieren, sowohl innerhalb der staatlichen Strukturen als auch darüber hinaus? Kapitalistische Demokratien bieten den Wählern aber nur eine begrenzte Mitbestimmung über staatliche Macht und keine über Wirtschaftsunternehmen. Das ist kein Zufall. Ohne demokratische Kontrolle über große Unternehmen und Finanzinstitute haben diese teilweise mehr Durchsetzungsvermögen als autoritäre Regime. So wird eine besondere Form der Unfreiheit geschaffen. Denn während den Bürgern einerseits zugestanden wird, an demokratischen Wahlen teilzunehmen, bleibt vielen an ihrem Arbeitsplatz andererseits nur die Rolle des »Untertanen einer despotischen Unternehmensregierung«.²⁵

Natürlich lässt sich einwenden, dass Unternehmen in einer Demokratie durch Gesetzgebung und Rechtsprechung in ihrem Handeln beschränkt sind. Doch die Megakonzerne von heute sind so gut aufgestellt, dass es ihnen oft gelingt, die Regeln zu umgehen oder die staatliche Politik zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Der US-amerikanische Ökonom und Soziologe Thorstein Veblen stellte schon vor Jahrzehnten fest, dass Wettbewerbsdruck zwangsläufig Anreize schafft, die Regeln zum eigenen Vorteil zu verändern.²⁶ Die Regeln des Spiels im »freien Markt«, an dem wir all teilnehmen sollen, begünstigen mit der Zeit deshalb immer stärker die Interessen der Mächtigen.²⁷

Vielleicht denken Sie jetzt: »So what?!« Was bringt diese theoretische Diskussion über Planungsmacht und Märkte, Politik und Wirtschaft? Was heißt das konkret für unser Leben?